

**K 001**

Lfd.-Nr. 1053

DGB-Bundesvorstand

## **Medienpolitik**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:

Annahme

1 Eine funktionierende demokratische Gesellschaft braucht un-  
2 abhängige Medien, die ihre grundgesetzlich geschützten  
3 Rechte und Aufgaben ohne Einschränkungen ausüben können  
4 und dies auch tun. Die Meinungs-, Informations- und Pres-  
5 ssefreiheit muss deshalb geschützt, immer wieder gegen  
6 Angriffe verteidigt werden und in ihrer Pluralität erhalten blei-  
7 ben.

8

9 Der rasante Wandel von Kommunikationstechnologien sowie  
10 beim Medienkonsum haben gravierende Auswirkungen auf  
11 die Geschäftsstrategien von Medienunternehmen: Dazu  
12 gehören die Flucht aus Tarifverträgen, und der Abbau von  
13 Arbeitsplätzen in allen Bereichen der Zeitung – in den Redak-  
14 tionen, den Verlagsabteilungen, den Zeitungsdruckereien, bis  
15 hin zur Zeitungszustellung. Zu konstatieren ist der Abbau  
16 ganzer publizistischer Bereiche und die Zusammenlegung von  
17 Redaktionen mit entsprechenden Auswirkungen auf die  
18 publizistische Vielfalt. Zuallererst bekommen dies die Beschäf-  
19 tigten zu spüren: Personalabbau, immer höhere Arbeitsan-  
20 forderungen und zusätzliche Aufgaben ohne entsprechende  
21 Entlohnung sowie Lohndrückerei gehören zum Alltag vieler  
22 Kolleginnen und Kollegen – Journalistinnen oder Journalisten  
23 als Leiharbeitnehmer sind keine Seltenheit. Freie Journalistin-  
24 nen und Journalisten werden zunehmend schlechter von den  
25 Verlagen vergütet, sollen ihnen dafür aber nach Möglichkeit  
26 grenzenlose Nutzungsrechte für ihre Texte einräumen.

27

28 Die Medienregulierung sieht sich permanent neuen Aufgaben  
29 gegenüber. So muss beispielsweise die Frage, welchen Ein-  
30 schränkungen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im  
31 Internet unterliegen sollen, nach den Erfahrungen der letzten  
32 Jahre neu beantwortet werden.

33

34 Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der NSA-Affäre sehen die  
35 Gewerkschaften die Notwendigkeit die Presse- und Medi-  
36 enfreiheit zu stärken. Ein umfangreicher Informantenschutz ist  
37 hierzu ebenso notwendig, wie die Stärkung des Schutzes des  
38 Redaktionsgeheimnisses und des Zeugnisverweigerungsrechts.  
39 Nur dann können Informationen im Sinne der Pressefreiheit si-  
40 cher ihren Weg in die Berichterstattung finden. Hierauf müs-  
41 sen sich die Journalistinnen und Journalisten verlassen kön-  
42 nen.

43

44 Die Gewerkschaften sind eine wichtige Stimme im medienpoli-  
45 tischen Diskurs. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften  
46 werden ihre medienpolitischen Aktivitäten auch zukünftig in-  
47 tensivieren und weiter an ihrer öffentlichkeitswirksamen Dar-  
48 stellung arbeiten. Der Austausch und die Vernetzung mit an-  
49 deren gesellschaftlich relevanten Gruppen werden fortgeführt.  
50 Dabei stützt sich der DGB auf folgende grundlegende Überle-  
51 gungen:

52

### 53 **1. Demokratie braucht Meinungsvielfalt statt** 54 **Meinungsmacht**

55 Die Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger.  
56 Grundlage dafür sind auch Medien, die wahrheitsgemäß, um-  
57 fassend und nicht von Einzelinteressen geleitet berichten.  
58 Meinungsmacht in der Hand weniger Unternehmen konterka-  
59 riert das demokratische Prinzip der Meinungsvielfalt. Wo öko-  
60 nomische Macht und zunehmende Medienkonzentration die  
61 Vielfalt der Medien gefährden, ist auch der öffentliche demok-  
62 ratische Diskurs gefährdet.

63

64 Dazu trägt bei, dass immer weniger Medienhäuser originäre  
65 Medieninhalte produzieren und diese zunehmend crossmedial  
66 verwertet werden. Hier sind Politik und Gewerkschaften ge-  
67 fordert, dass dabei das journalistische Produkt nicht auf der  
68 Strecke bleibt und Medien auch zukünftig ihrer tragenden  
69 Rolle in der demokratischen Meinungsbildung gerecht werden  
70 können. Medienpolitik muss dem Doppelcharakter der Medien  
71 als Kultur- und Wirtschaftsgut gerecht werden, in eben dieser  
72 Reihenfolge. Die Betrachtung von Medien allein als ökonomi-  
73 scher Faktor darf niemals ihr Handeln bestimmen.

74

75 Das Kartell- und Medienrecht muss neu justiert werden: Dazu  
76 gehört, die im Rundfunkstaatsvertrag festgelegten Schwel-  
77 lenwerte für vorherrschende Meinungsmacht von 25 bzw. 30  
78 Prozent Zuschaueranteil deutlich zu senken. Geregelt werden  
79 muss auch, wie vergleichbare Werte für Fernsehen, Hörfunk  
80 und Printmedien ermittelt werden können. Dabei ist ange-  
81 sichts der wachsenden Nutzung des Internets, insbesondere  
82 von Suchmaschinen, zu berücksichtigen, wie Meinungsmacht  
83 im Online-Bereich bewertet werden kann.

84

85 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die  
86 Regierungen von Bund und Ländern auf, eine Rahmenga-  
87 setzgebung zu schaffen, in der Kartell- und Medienrecht wirk-  
88 sam ineinander greifen. Zudem sollte die in den 1990er Jah-  
89 ren eingestellte Pressestatistik als alle Medienbereiche umfas-  
90 sende Medienstatistik wieder eingeführt werden. Sie sollte

91 alle Beteiligungen, publizistischen Einheiten und die Entwick-  
92 lung der Beschäftigung dokumentieren. (Weitere) Lockerun-  
93 gen der Pressefusionskontrolle werden im Sinne der publizisti-  
94 schen Vielfalt vom DGB und seinen Mitgliedgewerkschaften  
95 abgelehnt.

96

## 97 **2. Für einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen** 98 **Rundfunk**

99 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk übernimmt im Dualen Sys-  
100 tem eine grundlegende Funktion für den lebendigen Diskurs  
101 und die kulturelle Vielfalt unserer demokratischen Ge-  
102 sellschaft. Für seine Zukunftsfähigkeit ist es unerlässlich, ihn  
103 finanziell ausreichend abzusichern und seinen Zugang zu  
104 neuen technischen Entwicklungen zu ermöglichen. Ein dauer-  
105 haftes „Beitragsmoratorium“, wie es offensichtlich von weiten  
106 Teilen der Politik angestrebt wird, lehnt der DGB ab.

107

108 Den Beitragszahlerinnen und -zahlern steht es zu, die von ih-  
109 nen finanzierten Inhalte auch online in vollem Umfang nutzen  
110 zu können. Die im Zuge des 12. Rundfunkänderungsstaatsver-  
111 trags erlassene „7-Tage-Frist“ bzw. die „maximalen Verweil-  
112 dauern“ für öffentlich-rechtliche Inhalte im Internet wider-  
113 sprechen diesem Anspruch. DGB und Mitgliedsgewerkschaften  
114 fordern deshalb die Bundesländer auf, dies zu korrigieren. Der  
115 bisher vorgeschriebene „Sendungsbezug“ von Online-Inhalten  
116 muss durch den „Programmauftragsbezug“ ersetzt werden.  
117 Öffentlich-rechtliche Online-Angebote müssen neben Fernse-  
118 hen und Hörfunk als eigenständige dritte Säule etabliert wer-  
119 den.

120

121 Für die Zukunft unserer Demokratie ist es unerlässlich, dass  
122 auch junge Menschen gut aufbereitete Informationen erhalten  
123 und so in die Lage versetzt werden, sich an der Gestaltung  
124 von Gesellschaft und Politik zu beteiligen. Ein gemeinsamer  
125 Jugendkanal von ARD und ZDF, dessen Programm klug und  
126 der Zielgruppe adäquat ausgestaltet ist, kann hierbei eine  
127 gute Stütze sein. Voraussetzung dafür ist, dass der öffentlich-  
128 rechtliche Rundfunk mit ausreichend finanziellen Mitteln aus-  
129 gestattet wird – allein durch Einsparungen an anderer Stelle  
130 ist ein attraktiver Jugendkanal nicht zu erreichen.

131

132 Die Deutsche Welle als öffentlich finanzierte mediale Stimme  
133 Deutschlands in der Welt und als unabhängiger globaler In-  
134 formationslieferant bedarf einer Finanzausstattung, die es ihr  
135 ermöglicht, ihrem gesetzlich vorgeschriebenen Programmauf-  
136 trag umfassend nachzukommen. Der DGB und seine Mit-  
137 gliedsgewerkschaften engagieren sich deshalb dafür, dass die

138 DW finanzielle Planungssicherheit bekommt, die die anhalten-  
139 den Budgetkürzungen durch den Bund aufhält, die schon jetzt  
140 nur durch erhebliche strukturelle Sparmaßnahmen, die die  
141 Erfüllung des Programmauftrags einschränken, ausgeglichen  
142 werden können.

143

### 144 **3. Selbstbewusste kompetente Gremien müssen** 145 **staatsfrei und transparent sein**

146 Die plural besetzten Aufsichts- und Kontrollgremien vertreten  
147 die Allgemeinheit sowohl im öffentlich-rechtlichen Rundfunk  
148 als auch in den für den privat-kommerziellen Rundfunk zu-  
149 ständigen Landesmedienanstalten. Sie können dieser Funktion  
150 nur nachkommen, wenn sie unabhängig von staatlichem  
151 Einfluss arbeiten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften  
152 setzen sich deshalb dafür ein, Vertreterinnen und Vertreter der  
153 Exekutive gesetzlich aus den Gremien auszuschließen.  
154 Stattdessen müssen die Gremien in ihrer Zusammensetzung  
155 möglichst umfassend die gesellschaftlichen Interessen wider-  
156 spiegeln. Dazu gehört, die Festlegung der „gesellschaftlich  
157 relevanten Gruppen“ an die heutige Realität anzupassen und  
158 z.B. Migrantenorganisationen aufzunehmen sowie dass die  
159 entsendenden Organisationen bei der Auswahl ihrer Vertreter-  
160 rinnen und Vertreter auf die gerechte Besetzung durch die Ge-  
161 schlechter achten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaf-  
162 ten betrachten dies für die Benennung ihrer Gremienmit-  
163 glieder als selbstverständlich.

164

165 Damit die Gremien ihrer Aufgabe optimal nachkommen kön-  
166 nen, müssen sie auch in einen Austausch mit den Bürgerinnen  
167 und Bürgern treten. Dazu gehört eine professionelle Öffent-  
168 lichkeitsarbeit, die über ihre Tätigkeit informiert. Transparenz  
169 schafft Vertrauen – deshalb sollten Tagesordnungen, Pro-  
170 tokolle, Beschlüsse sowie die Höhe der Aufwandsentschäd-  
171 igungen öffentlich zugänglich gemacht werden. Auch  
172 Rundfunkrats- und Fernsichtersitzungen sollten grundsätzlich  
173 öffentlich sein, mit der Möglichkeit vertrauliche Themen nicht-  
174 öffentlich zu diskutieren. Der DGB und seine Mit-  
175 gliedsgewerkschaften werden sich für entsprechende Regelun-  
176 gen einsetzen.

177

178 Die Gremienmitglieder müssen Angebote zu Weiterbildung  
179 und Qualifizierung erhalten. Die Sender und Landesmedienan-  
180 stalten sind aufgefordert, entsprechende Angebote weiter aus-  
181 zubauen, bzw. sie neu aufzulegen. Dies könnte auch über ein-  
182 zelne Sender bzw. Landesmedienanstalten hinaus im Verbund  
183 organisiert werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaf-

184

185 ten werden weiterhin Möglichkeiten für die Information und  
186 Weiterbildung ihrer Gremienmitglieder anbieten.

187

188 Nur mit diesen Voraussetzungen – Unabhängigkeit, Staats-  
189 ferne, Pluralität, Transparenz und gute Qualifikation – können  
190 die Aufsichts- und Kontrollgremien im Rundfunkbereich ihre  
191 Aufgaben umfassend, konstruktiv und vor allem mit dem ge-  
192 botenen Selbstbewusstsein gegenüber den Rundfunkanstalten  
193 und Rundfunkunternehmen wahrnehmen und dabei auch  
194 möglichst unabhängig von wirtschaftlichen Interessen ur-  
195 teilen.

196

#### 197 **4. Qualitätsjournalismus muss gefördert werden**

198 Qualitätsjournalismus ist die Basis eines demokratischen  
199 Medienangebots. Nur mit gerechter Entlohnung und ange-  
200 messenen Arbeitsbedingungen kann er existieren und  
201 gedeihen. Die zunehmende Einschränkung journalistischer  
202 Arbeit durch Einsparungen der Verlage, einhergehend mit  
203 Redaktionsschließungen, schrankenloser Verwertung von Tex-  
204 ten über lokale und regionale Grenzen hinweg und die Aus-  
205 gliederung in nicht tarifgebundene Tochtergesellschaften oder  
206 Leiharbeitsfirmen, führt unmittelbar zum Abbau journalisti-  
207 scher und publizistischer Qualität und (Meinungs-)Vielfalt. Der  
208 DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen deshalb In-  
209 itiativen, die sich mit neuen Modellen der Finanzierung insbe-  
210 sondere von Lokal- und Regionaljournalismus beschäftigen.  
211 Unter Beachtung des Staatsfernegebotes kann dieses auch  
212 mit öffentlichen Mitteln geschehen, wenn journalistische Pro-  
213 jekte und nicht einzelne Verlage gefördert werden. So sind  
214 Stiftungen, Crowdfunding und gemeinsame Plattformen im In-  
215 ternet Möglichkeiten, Qualitätsjournalismus zu unterstützen.  
216 Alternative, selbstinitiierte Finanzierungsmodelle einzelner  
217 Journalistinnen und Journalisten können eine wichtige  
218 Ergänzung für unabhängigen Journalismus sein. Sie können  
219 aber tariflich bezahlte, reguläre Beschäftigungsstrukturen mit  
220 Guter Arbeit und sicheren Perspektiven in Verlagen, Medien-  
221 unternehmen und den öffentlich-rechtlichen Medien nie erset-  
222 zen. Deshalb liegt es weiterhin in der Verantwortung der  
223 Medienunternehmen, Qualitätsjournalismus in ihren Häusern  
224 mit den entsprechenden Rahmenbedingungen zu garantieren.

225

226 Wenn Verlage und Medienunternehmen neue Publikations-  
227 modelle entwickeln und endlich dazu kommen, Preis- und Be-  
228 zahlmodelle für ihre Online-Inhalte aufzustellen, ist das ein  
229 grundsätzlich begrüßenswerter Beitrag zur Weiterentwicklung  
230 von Medienkonzepten im Onlinezeitalter.

231

232 **5. Unabhängige Medien müssen allen Menschen**  
233 **zugänglich sein**

234 Unabhängiger Qualitätsjournalismus ist für eine demokrati-  
235 sche Gesellschaft unverzichtbar. Damit Medien mit un-  
236 abhängigen journalistischen Inhalten ihre wichtige demokra-  
237 tie- und gesellschaftspolitische Aufgabe auch tatsächlich erfül-  
238 len können, müssen alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu  
239 diesen Medien haben. Das gilt im Sinne der Medien- und In-  
240 formationsfreiheit sowie in technischer Hinsicht, das gilt aber  
241 auch in ökonomischer und finanzieller Hinsicht. Die Mög-  
242 lichkeit, sich über unabhängige Medien umfassend über politi-  
243 sche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu  
244 informieren, darf keine Frage des Einkommens sein. Quali-  
245 tätsjournalismus kostet Geld. Eine demokratische Gesellschaft  
246 muss Wege finden, Medien mit unabhängigem Journalismus  
247 allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von Einkommens-  
248 höhe und -status zugänglich zu machen.

249

250 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bedeutet  
251 das, dass alle Maßnahmen, die den Niedriglohnsektor  
252 zurückdrängen und für gute und existenzsichernde Löhne und  
253 Gehälter sorgen, gleichzeitig ein Beitrag zur Pluralität im  
254 Medienbereich sind. Gleiches gilt für eine Grundsicherung, die  
255 eine tatsächliche gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.  
256 Gleichzeitig fordern wir die politisch Verantwortlichen auf na-  
257 tionaler und europäischer Ebene auf, bestehende wett-  
258 bewerbs- oder steuerpolitische Instrumente, die für stabile  
259 oder ermäßigte Medienpreise relevant sind, nicht unbedarft  
260 aufzugeben – wie zum Beispiel der reduzierte Mehrwert-  
261 steuersatz für Medienerzeugnisse, das Presse-Grosso oder die  
262 Buchpreisbindung.

263

264 Außerdem sprechen sich der DGB und seine Mit-  
265 gliedsgewerkschaften ausdrücklich dafür aus, die öffentliche  
266 Infrastruktur mit Blick auf kostenfreien oder sehr kostengüns-  
267 tigen Zugang zu Medien zu erhalten und auszubauen. Das be-  
268 ginnt beim Erhalt öffentlicher Bibliotheken mit multimedialen  
269 Angeboten und reicht bis zu öffentlichen Angeboten zum  
270 freien Internetzugang. Zur Informationsfreiheit für alle gehört  
271 auch die Förderung barrierefreier Medienangebote.

272

273 Auch die technischen und rechtlichen Voraussetzungen in  
274 Deutschland müssen so gestaltet sein, dass keine gesellschaft-  
275 lichen Gruppen und keine Regionen beim freien Zugang vor  
276 allem zu neuen, digitalen und netzbasierten Medien ausge-  
277 schlossen oder eingeschränkt werden. Der DGB und seine Mit-  
278 gliedsgewerkschaften fordern deshalb von der Bundesregie-

279 rung, deutschlandweit und sowohl in urbanen wie auch länd-  
280 lichen Regionen den Ausbau von Breitband-Datenverbindun-  
281 gen weiter konsequent voranzutreiben. Außerdem setzen wir  
282 uns für das Prinzip der Netzneutralität im Internetdatenver-  
283 kehr als eine wichtige Voraussetzung für unabhängige online-  
284 basierte Medien ein. Online-Datenverbindungen für bestimmte  
285 Gruppen zu reglementieren oder einzuschränken widerspricht  
286 diesem Grundprinzip.

287

## 288 **6. Urheberrechte müssen geschützt werden**

289 Die Möglichkeiten der digitalen Medien haben das bisherige  
290 Urheberrecht an seine Grenzen gebracht. Zum Schutz krea-  
291 tiver Leistungen und geistigen Eigentums bedarf es deshalb  
292 neuer Wege und Maßnahmen. Deshalb muss sowohl auf na-  
293 tionaler wie auf europäischer und internationaler Ebene das  
294 Recht der Urheberinnen und Urheber im Mittelpunkt von Re-  
295 gulierungen stehen, nicht das der verwertenden Unterneh-  
296 men. Das Urheberrecht wird nicht zu Unrecht das „Arbeits-  
297 recht der Kreativen“ genannt. Es geht um nicht weniger, als  
298 um gerechte und Existenz sichernde Bezahlung geleisteter  
299 Arbeit in Kunst, Kultur und Medien. Damit trifft die Debatte  
300 um das Urheberrecht den Kern gewerkschaftlicher Interes-  
301 senvertretung arbeitender Menschen.

302

303 Insofern ist das in der letzten Legislaturperiode beschlossene  
304 Leistungsschutzrecht für Presseverlage im Internet nach An-  
305 sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften völlig  
306 unzureichend. Es vernachlässigt die Interessen der Urheberin-  
307 nen und Urheber, weil es keine verbindliche Regelung  
308 festschreibt, wie sie an den Einnahmen der verwertenden  
309 Medienunternehmen angemessen zu beteiligen sind. Eine  
310 Konkretisierung hierzu ist dringend erforderlich.

311

312 Das Konzept Freier Inhalte über so genannte „Creative  
313 Commons“-Lizenzen ist ein möglicher Beitrag zur Demokrati-  
314 sierung von Informations- und Wissensressourcen. Unentgeltli-  
315 che Freigabe wissenschaftlicher, journalistischer und kreativer  
316 Inhalte muss aber immer freiwillig und mit Zustimmung der  
317 Urheber/innen erfolgen. Urheber/innen müssen die Kontrolle  
318 darüber behalten, wem sie ihre Inhalte zu welchen Konditio-  
319 nen zur Verfügung stellen.

320

321 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich  
322 auch weiterhin, u.a. in der Initiative Urheberrecht, für eine  
323 zeitgemäße Ausgestaltung des Urheberrechts einsetzen.

324

325

326 Die Künstlersozialversicherung muss erhalten und gestärkt  
327 werden. Die Unternehmen sind regelmäßig auf ihre Abga-  
328 beverpflichtungen hin zu überprüfen.

329

330 Des Weiteren verweisen wir auf den Antrag ‚Für eine neue  
331 Ordnung der Arbeit‘, der sich mit dem Thema Urheberrechte  
332 befasst.

333

### 334 **7. Europäische Politik in der Verantwortung**

335 Europäische Medienpolitik muss in erster Linie den Interessen  
336 der Bürgerinnen und Bürger dienen. Diese liegen in einem um-  
337 fassenden freien Zugang zu Informationen. Mit der Entwick-  
338 lung von „Connected TV“ wird der Fernseher auch zum  
339 Zugang für Onlineinhalte. Damit gibt es zahlreiche technische  
340 Möglichkeiten, Inhalte auf den Bildschirm zu bringen, die nicht  
341 mehr von dem gerade eingeschalteten Programmanbieter zu  
342 verantworten sind. Dies alles bietet sowohl den Nutzerinnen  
343 und Nutzern für Auswahl und Vielfalt, als auch den Anbietern  
344 für die Verwertung von Inhalten neue Chancen. Es bedeutet  
345 aber auch, dass neuer Regulierungsbedarf entsteht. Ein Stich-  
346 wort ist hier eine „Must-be-found“-Regelung, die die Auf-  
347 findbarkeit öffentlich-rechtlicher Inhalte und der Voll-  
348 programme privat-kommerzieller Anbieter sichert. Insgesamt  
349 ist es notwendig, neue Zulassungs- und Regulierungsverfah-  
350 ren zu entwickeln, die die Meinungsrelevanz und die Reich-  
351 weite der Angebote ebenso wie die strengen Vorgaben für  
352 Rundfunkangebote berücksichtigen.

353

354 Auch auf europäischer Ebene muss die Prämisse gelten:

355 Medien sind in erster Linie Kultur- und erst dann Wirtschafts-  
356 gut. Deshalb dürfen audiovisuelle und kulturelle Dienstleistun-  
357 gen auch nicht in die Verhandlungen zum einem Freihandels-  
358 abkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) einbezogen  
359 werden. Ansonsten stünden viele Einrichtungen und Instru-  
360 mente der deutschen Medienlandschaft in Frage, z.B. der öff-  
361 entlich-rechtliche Rundfunk.

362

363 Genauso wenig teilen wir die von Vertreter/innen der Europäi-  
364 schen Kommission in der Vergangenheit verschiedentlich ge-  
365 äußerte Einschätzung, das Duale System mit entsprechenden  
366 Rechten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk könne dem  
367 europäischen Binnenmarkt entgegenstehen. Europa ist nicht  
368 nur gemeinsamer Wirtschafts-, sondern auch gemeinsamer  
369 Sozial- und Kulturraum. Das Duale System mit starkem öffent-  
370 lich-rechtlichem Rundfunk ist für Deutschland und viele seiner  
371 Nachbarn kulturelle Errungenschaft mit sozialer Funktion. Die  
372 Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen



373 Rundfunks entspricht damit der europäischen Idee, statt ihr  
374 entgegenzustehen. Deshalb halten der DGB und seine Mit-  
375 gliedsgewerkschaften diese Garantien für unverzichtbar und  
376 werden sie auch gegenüber europäischen Institutionen vertei-  
377 digen.

378

### 379 **8. Rechte von Journalisten weltweit durchsetzen und** 380 **schützen**

381 Weltweit sehen sich Journalistinnen und Journalisten in vielen  
382 Ländern weiterhin massiver Verfolgung durch Polizei und  
383 Behörden ausgesetzt, werden in ihrer journalistischen Arbeit  
384 behindert oder müssen aufgrund ihrer journalistischen Tä-  
385 tigkeit sogar um Leib und Leben fürchten. Geopolitische Ereig-  
386 nisse wie der „arabische Frühling“ haben gezeigt, wie freie  
387 Medien und freier Medienzugang für Bürgerinnen und Bürger  
388 im Internetzeitalter demokratische Bewegungen unterstützen  
389 und befördern können. Trotzdem werden ehrenamtliche Blog-  
390 ger/innen ebenso wie Schriftsteller/innen, Künstler/innen und  
391 hauptamtliche Journalist/innen weltweit täglich bei ihrer  
392 Arbeit gehindert. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften  
393 setzen sich für das Recht auf freie Meinungsäußerung und für  
394 den Schutz von Journalist/innen und Künstler/innen weltweit  
395 ein. Wir solidarisieren uns mit entsprechenden Initiativen inter-  
396 nationaler Gewerkschaftsverbände wie der European Federa-  
397 tion of Journalists (EFJ) und der International Federation of  
398 Journalists (IFJ – Mitglied der Global Unions).

399

400 Auch in Deutschland werden Journalistinnen und Journalisten  
401 immer wieder in ihrer Arbeit eingeschränkt. Dies gilt beispiels-  
402 weise für das Recht auf Auskunft über die Arbeit von  
403 Bundesbehörden, zu denen auch der Bundesnachrichtendienst  
404 zählt. Hier gibt es eine Gesetzeslücke, die durch die Verab-  
405 schiedung eines Bundespresseauskunftsgesetzes zügig ge-  
406 schlossen werden muss, damit die Medienvertreterinnen und -  
407 vertreter gegenüber dem Bund ihre Auskunftsansprüche  
408 ebenso durchsetzen können, wie auf Länderebene.

409

### 410 **9. Potenzial und Know-how der Beschäftigten für** 411 **notwendige Veränderungen nutzen**

412 Die Medienlandschaft und Medienwirtschaft in Deutschland  
413 und Europa wird auch in den kommenden Jahren und  
414 Jahrzehnten vor weitreichenden Veränderungen und großen  
415 Herausforderungen stehen – von der Debatte über den Auf-  
416 trag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, über die Entwick-  
417 lung neuer Programme und Inhalte, das Erproben neuer Finan-  
418 zierungsmodelle bis zum stetigen Umsetzen neuer technischer,  
419 digitaler, multi- und crossmedialer Möglichkeiten. Wie andere

420 Branchen kann auch die Medienwirtschaft diese Herausforde-  
421 rungen meistern – vor allem dann, wenn die Verantwortlichen  
422 Veränderungen nicht von oben diktieren, sondern das kreative  
423 und innovative Potenzial und Know-how in ihren Unterneh-  
424 men nutzen: das der Beschäftigten.

425

426 Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an  
427 der Entwicklung und Umsetzung neuer Inhalte, Konzepte, Pro-  
428 dukte, Dienstleistungen, Medien und Programme – auch über  
429 Wege der betrieblichen Mitbestimmung – garantiert nachhal-  
430 tige Lösungen für eine zukunftsfeste Medienwirtschaft. Die  
431 Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten in  
432 Rundfunkanstalten, Redaktionen, Verlagen und Medienunter-  
433 nehmen hat für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften  
434 auch deshalb einen hohen Stellenwert. Wir setzen uns für  
435 mehr Mitbestimmung und qualitativ hochwertige Qualifizie-  
436 rungsangebote in der Medienwirtschaft ein.